

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 4

vom 27. Januar 2012
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Gemeinsame Acht-Punkte-Erklärung unterzeichnet.....	3
Hotline gegen Verfestigung sozialer Brennpunkte.....	4

Inneres und Sport

Senat erlässt Kontaktverbotsverordnung für St. Georg.....	5
Hamburgs Sport stellt sich neu auf.....	6

Justiz

Justizsenatorin Jana Schiedek setzt sich für Erhaltung der gerichtlichen Mediation ein.....	7
---	---

Schule, Jugend und Berufsbildung

Senator Rabe übernimmt Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz.....	9
Pilot-Schulbibliotheken sollen mit Budgets der Schulen fortgeführt werden.....	13
„Frau Kaiser besteht drauf“ – Neuer Film zeigt, wie individualisiertes Lernen an Schulen ermöglicht werden kann.....	15
Landesrahmenvertrag macht den Weg frei.....	17

Stadtentwicklung und Umwelt

Senat beschließt Gebührensplitting bei der Abwasserbeseitigung.....	20
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veröffentlicht zum Gedenken an 1962 interaktive Website und Veranstaltungsprogramm.....	21

Wissenschaft und Forschung

Norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) in Brüssel.....	22
--	----

Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Innovationskraft für den Standort Hamburg.....	23
--	----

Kultur

Elbphilharmonie: Stadt sieht Hochtief-Klage gelassen entgegen.....	26
Auszeichnungen für die besten Hamburger Musikclubs.....	27

Zur Information

Terminkalender.....	29
---------------------	----

23. Januar 2012/basfi23

Gemeinsame Acht-Punkte-Erklärung unterzeichnet

Sozialbehörde und Freie Wohlfahrtspflege einigen sich auf Kernaussagen

Am heutigen Montag haben die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) und die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e.V. (AGFW) eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie sich in acht Punkten darauf geeinigt haben, die sozialen Leistungsstrukturen in Hamburg trotz Schuldenbremse zu sichern und weiterzuentwickeln.

„Mit der gemeinsamen Erklärung hat die Sozialbehörde erstmals einen Weg eingeschlagen, an dessen Ende ein öffentlicher Haushalt stehen soll, in dem es noch genug Handlungsspielraum gibt, um die soziale Infrastruktur in Hamburg zu erhalten“, sagt **Sozialsenator Detlef Scheele**. „Ich freue mich, dass die Freie Wohlfahrtspflege bereit ist, diesen Weg konstruktiv und kritisch mit uns zu gehen. Das ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung.“

Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung sind sich unter anderem darin einig, gemeinsam die Verantwortung für ein soziales Hamburg zu übernehmen und dabei auch die langfristigen finanziellen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. An der Entwicklung von Prozesssteuerungsmaßnahmen, die darauf abzielen, die Angebote zielgerichteter damit effizienter zu gestalten sowie den Fallzahlenanstieg zu begrenzen, sagt die AGFW ihre Beteiligung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu. Dazu gehört auch, die Tatsache zur Kenntnis zu nehmen, dass die Sozialbehörde den Fallzahlenanstieg und den Anstieg der Entgelte im Schnitt auf jährlich 0,88 Prozent begrenzen möchte.

Darüber hinaus sind die Unterzeichner darin überein gekommen, dass die Regelsysteme Vorrang haben und die sozialräumlichen Angebote ausgebaut werden sollen. Davon bleiben gesetzliche Ansprüche Hilfsbedürftiger auf angemessene Hilfen unberührt.

Auf Basis dieser gemeinsamen Erklärung werden die Amtsleiter der Ämter für Familie und Soziales mit den Geschäftsführern der AGFW-Verbände weitere Gespräche führen, deren Ergebnisse in einem Spitzengespräch auf Ebene der Behördenleitungen zusammengeführt werden sollen. Ziel ist eine übergreifende Kooperationsvereinbarung mit einer Laufzeit von 2013 bis 2015. Bestehende vertragliche Beziehungen zwischen Behörden und Verbänden ändern sich dadurch nicht.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

25. Januar 2012/basfi25

Hotline gegen Verfestigung sozialer Brennpunkte

Sozialbehörde hat Bürgerhotline - Hilfen für Obdachlose erfolgreich geschaltet

Wer einen Obdachlosen auf der Straße sieht, der offensichtlich Hilfe braucht, kann ab sofort über die neue Bürgerhotline 4 28 28 5000 die Sozialarbeiter der Bezirke und die Sozialbehörde darüber informieren. In akuten Fällen, in denen es um Leben und Tod geht, werden Polizei (110), Feuerwehr oder Notarzt (112) direkt angerufen. In allen anderen Fällen werden die zuständigen Straßensozialarbeiterinnen und Straßensozialarbeiter in den Bezirken über die Hotline informiert, um dann innerhalb von 24 Stunden vor Ort Hilfe zu leisten. Die Sozialbehörde wertet die Anrufe aus und greift nur dann mit ein, wenn die Gefahr besteht, dass soziale Brennpunkte entstehen bzw. sich verfestigen können.

„Mit dieser Hotline stärken wir das bestehende Hilfsangebot für Obdachlose“, sagt Sozialsenator Detlef Scheele. „Sie soll dazu beitragen, dass wir mit obdachlosen Menschen schneller ins Gespräch kommen, um ihnen bei Bedarf direkt zu helfen, bevor behördenübergreifende Lösungen nötig sind.“

Bestehen Anhaltspunkte dafür, dass an einem bestimmten Ort in der Stadt immer wieder neue Hilfen notwendig sind oder dass diese Hilfen so komplex sind, dass sie ein umfangreiches Fachwissen erfordern, stellt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration - je nach Fall auch in Kooperation mit anderen Behörden und Ämtern - ein Team aus Experten zusammen, die kurzfristig und für einen begrenzten Zeitraum zielgruppen- und bedarfsgerechte Hilfen für die obdachlose Menschen vor Ort anbieten können.

Hintergrundinformationen

Die Hamburger Bürgerhotline – Hilfen für Obdachlose (4 2828 5000) ist montags bis freitags von 8 Uhr bis

16 Uhr zu erreichen. In jedem Bezirk gibt es soziale Beratungsstellen, in denen Sozialarbeiter arbeiten. Pro Bezirk kümmert sich jeweils ein Straßensozialarbeiter halbtags ausschließlich um Obdachlose. Die anderen Sozialarbeiter haben andere soziale Aufgaben. In einigen Bezirken gibt es zusätzliche Straßensozialarbeiter, weil dort freie Träger arbeiten. Die Off-Road-Kids finanzieren sich ausschließlich selbst, und zwar durch Spenden. Das Projekt „Straßensozialarbeit der Hamburger City“ wird zur Hälfte von der BASFI und zur Hälfte von der Diakonie bezahlt.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Nicole Serocka
T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

24. Januar 2012 / bis24

Senat erlässt Kontaktverbotsverordnung für St. Georg Kampf gegen Straßenprostitution im Sperrgebiet wird verstärkt

Der Senat hat heute eine Verordnung über das Verbot der Kontaktaufnahme zu Personen zur Vereinbarung entgeltlicher sexueller Dienstleistungen im Sperrgebiet beschlossen. Damit trägt er der Tatsache Rechnung, dass in St. Georg trotz bestehender Sperrgebietsverordnung der Prostitution nachgegangen wird. Die Ausübung von Prostitution und die damit einhergehenden Begleiterscheinungen werden insbesondere von den Anliegern als sehr belastend empfunden.

Aufgrund der Sperrgebietsverordnung ist Prostitution in St. Georg verboten. Bislang konnte die Polizei dort nur gegen die Prostituierten selbst vorgehen. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es mit den zur Verfügung stehenden polizeilichen Maßnahmen wie dem Platzverweis und der Verhängung von Bußgeldern nicht gelungen, die Prostitution spürbar einzudämmen.

Mit der heute beschlossenen Verordnung wird es Freiern künftig untersagt, in St. Georg Kontakt zu Personen aufzunehmen, um sexuelle Handlungen gegen Entgelt zu vereinbaren. Ein Verstoß gegen die Verordnung stellt eine bußgeldpflichtige Ordnungswidrigkeit dar. Maximal kann eine Geldbuße von 5000 Euro verhängt werden. Aufgrund der in anderen Städten wie Frankfurt am Main, Leipzig und Stuttgart gesammelten Erfahrungen ist zu erwarten, dass die Verordnung generalpräventiven Charakter entfalten und potentielle Freier vom Stadtteil St. Georg fernhalten wird.

Hamburgs Innensenator Michael Neumann: „Ich halte es für den richtigen Ansatz, nicht nur gegen die Frauen, sondern gegen die Freier vorzugehen, die die im Sperrgebiet untersagten Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Vor dem Hintergrund der bereits erfolgten personellen Verstärkung des Polizeikommissariats 11 um zehn Beamte erwarte ich von den neuen rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Polizei eine spürbare Verbesserung der Situation in St. Georg.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

24. Januar 2012 / bis24a

Hamburgs Sport stellt sich neu auf Senat beschließt Dekadenstrategie / Sofortprogramm für 2012

Der Senat hat heute den Fahrplan zur Umsetzung der Dekadenstrategie für den Hamburger Sport beschlossen. Am 29. September 2011 hatte die Zukunftskommission Sport die Dekadenstrategie „HAMBURGMachtSPORT“ an **Sportsenator Michael Neumann** übergeben. Sie beschreibt die Vision der Entwicklung des Hamburger Sports in den nächsten zehn Jahren und formuliert konkrete Ziele und Maßnahmen.

Der Senat ist von den Aussagen der Dekadenstrategie überzeugt und will seine Sportpolitik künftig daran ausrichten. Den Sport betrachtet der Senat als ressortübergreifendes Querschnittsthema. Das Sportamt soll künftig die Umsetzung der Maßnahmen der Dekadenstrategie koordinieren und im Dialog mit den Akteuren des Sports weiter spezifizieren.

Für das laufende Jahr hat der Senat ein „Sofortprogramm 2012“ beschlossen. Es umfasst insgesamt 28 Vorhaben, darunter den Aufbau eines Koordinationsgremiums für alle Belange von Sport- und Bewegungsfragen sowie im Bereich der Sportstätten die Neuorganisation der Zuständigkeiten und die Fortsetzung der Sanierungsoffensive. Um den Sportbetrieb auf Außenanlagen sicherzustellen, werden entsprechende Lärmschutz-Regelungen angestrebt. Außerdem sollen Veranstaltungen im Breiten-, Vereins-, Behinderten- und Schulsport gestärkt, der Leistungssport systematisch gefördert und ein Ideenwettbewerb für innovative Sportveranstaltungen gestartet werden.

Hamburgs Sportsenator Michael Neumann: „Mit dem heutigen Senatsbeschluss haben wir den Startschuss für eine neue Sportpolitik in Hamburg gegeben. Wichtige Maßnahmen werden künftig gemeinsam von Politik, Verwaltung, Sport und Wirtschaft angepackt, um Hamburg als erfolgreiche Stadt des Sports weiter zu stärken. Ich lade insbesondere alle Fraktionen der Bürgerschaft ein, den Sport in Hamburg gemeinsam voranzubringen.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

25. Januar 2012/bjg25

Justizsenatorin Jana Schiedek setzt sich für Erhaltung der gerichtlichen Mediation ein

Die gerichtliche Mediation ist ein Erfolgsmodell. Geht es nach dem Willen des Deutschen Bundestages soll sie der Vergangenheit angehören. So steht es ausdrücklich im Entwurf zum „Gesetz zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung“. Gemeinsam mit den Ländern Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat Justizsenatorin Jana Schiedek heute deshalb im Rechtsausschuss des Bundesrates einen erfolgreichen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses eingebracht.

„Ich freue mich, dass der Rechtsausschuss des Bundesrates empfiehlt, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Mit dem vom Bundestag vorgelegten Gesetzentwurf würde eine Chance verpasst. Von der ursprünglich durch die Bundesjustizministerin geplanten Förderung der erfolgreichen gerichtlichen Mediation ist nichts übrig geblieben. Wir wollen erreichen, dass die gerichtliche Mediation ausdrücklich gesetzlich verankert wird. Nicht jeder Rechtsstreit muss durch die Gerichte streitig entschieden werden. Hinter einer rechtlichen Auseinandersetzung stehen vielfach ganz andere Probleme. Diese Konflikte werden in Hamburg immer häufiger und viel besser durch eine gerichtliche Mediation gelöst.“ sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Der Gesetzentwurf will demgegenüber die Mediation in ihrer bisherigen Form aus den Gerichtssälen verdrängen. An ihre Stelle soll der Güterichter treten. Dagegen wendet sich **Senatorin Jana Schiedek**: „Ein Güterichter ist kein Mediator. Wenn die Parteien sich auf eine Mediation einigen, müssen sie sich auch darauf verlassen können, dass deren Spielregeln gelten. Ein Mediator zeichnet sich dadurch aus, dass er sich zurücknimmt und nicht auf ein bestimmtes Ergebnis – etwa einen Vergleich – hinarbeitet. Demgegenüber schlägt ein Güterichter den Parteien eine Konfliktlösung unter Vornahme rechtlicher Bewertungen und Einordnungen vor. Das ist etwas ganz anderes.“

In Hamburg wird die gerichtliche Mediation als ein freiwilliges Verfahren angeboten. Der Rechtsstreit wird auf Wunsch der Parteien an eine speziell ausgebildete Richtermediatorin oder einen Richtermediator überwiesen. Im Jahr 2011 war dies in 290 Verfahren an Hamburger Gerichten der Fall. Die Erfolgsquote lag beim Amtsgericht Hamburg bei 80%. „Zahlreiche Richterinnen und Richter brin-

gen sich mit viel Engagement in die gerichtsinterne Mediation ein. Durch die geplante Überführung in ein Güterichtermodell werden ihre Anstrengungen entwertet“, sagt **Senatorin Jana Schiedek**.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

23. Januar 2012/bsb23

Senator Rabe übernimmt Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz: Kooperationsverbot aufheben – Übergang Schule-Beruf stärken

Schulsenator Ties Rabe hat heute in feierlichem Rahmen im Bundesrat in Berlin offiziell die Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) von Niedersachsens Kultusminister Dr. Bernd Althusmann übernommen. Er war auf der Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz im November zu ihrem neuen Präsidenten für das Jahr 2012 gewählt worden.

Rabe sprach sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern/Kommunen und eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes aus. Auch jenseits des Verbotes sei eine Zusammenarbeit vielfach gelebte und erfolgreiche Praxis. Man müsse jetzt gemeinsam diejenigen Felder der Bildungspolitik benennen, in denen eine Kooperation sinnvoll sei und Zuständigkeiten klar definieren.

Inhaltlicher Schwerpunkt 2012

Als Schwerpunkte seiner Präsidentschaft nannte Rabe, den Übergang von der Schule ins Berufsleben kontinuierlich zu verbessern und die Vergleichbarkeit im deutschen Bildungswesen weiter auszubauen.

Übergang von der Schule ins Berufsleben

Ein erfolgreicher Übergang von der Schule in das Erwerbsleben ist von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. **„Ich wundere mich oft darüber, dass die Öffentlichkeit leidenschaftlich die Rechtschreibschwäche 15jähriger Schülerinnen und Schüler diskutiert, aber den Übergang von der Schule in die Berufswelt kaum thematisiert. Dabei entscheiden sich gerade hier das Lebensglück junger Menschen und ihre Chance auf gesellschaftliche und berufliche Teilhabe. Zudem sind die Rezepte für einen erfolgreichen Übergang unstrittig und in der Praxis erprobt. Eigentlich sind das beste Voraussetzungen für einen erfolgreichen Veränderungsprozess.“**

Senator Rabe ist davon überzeugt, dass davon insbesondere schwächere Schülerinnen und Schüler profitieren können. Dazu müssten die oft unübersichtlichen Maßnahmen und ineffizienten Warte-

schleifen nach der Schule zugunsten eines klaren und übersichtlichen Angebots umstrukturiert werden. Entscheidend sei dabei der Praxisbezug. **Rabe: „Wer es in der Schule schwer hatte, der wird in weiteren rein schulischen Maßnahmen selten Erfolg haben. Die Verzahnung beruflicher Praxis in Betrieben und Unternehmen, mit entsprechenden schulischen Angeboten, eröffnet dagegen vielen lernmüden Jugendlichen neue Chancen.“** So sollten lokale Netzwerke zwischen Schule und Betrieb weiter ausgebaut und modellhaft Berufseinstiegsbegleiter erprobt werden. Deshalb sei es wichtig, dass der Bund an seinem hohen Engagement festhält und sich nicht aus der Finanzierung der Berufseinstiegsbegleiter zurück zieht. Es gebe eine Vielzahl von Maßnahmen in Bund und Ländern. Diese gelte es zu strukturieren, zu bündeln und miteinander zu vernetzen.

Darüber hinaus müsse die Schule ihre Schülerinnen und Schüler bereits in der Sekundarstufe I an die Berufswelt heranführen. Viele Schüler hätten kaum Kontakt zur Berufswelt und stünden oft ratlos vor der Vielfalt der Berufsangebote. Berufsorientierung sei insofern ein wichtiger Baustein. Zuletzt gelte es aber, die verschiedenen Ämter, Behörden und Dienststellen sowie die unterschiedlichen Rechtskreise miteinander so abzustimmen, dass kein Jugendlicher nach der Schule durch das Raster fällt. **Rabe: „Vielmehr kann und muss es gelingen, die unterschiedlichen Maßnahmen und Angebote so zusammenzuführen, dass Jugendliche aktiv angesprochen und bis zum erfolgreichen Berufsabschluss begleitet werden können.“**

Vergleichbarkeit im deutschen Bildungswesen Die Kultusministerkonferenz hat 2003 und 2004 die ersten Bildungsstandards vereinbart, um eine Vergleichbarkeit in den Ländern herzustellen. Bundesweit geltende Bildungsstandards gibt es derzeit im Primarbereich für die Fächer Deutsch und Mathematik, beim Ersten Bildungsabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik und Erste Fremdsprache und beim Mittleren Schulabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik, Erste Fremdsprache, Biologie, Chemie und Physik. Derzeit wird an einer Angleichung der Anforderungen für das Abitur gearbeitet. **Ties Rabe: „Die Vergleichbarkeit im deutschen Schulsystem und im deutschen Bildungswesen insgesamt muss weiter erhöht werden, um die Qualität und Glaubwürdigkeit des deutschen Bildungssystems zu bewahren und Mobilität über die Landesgrenzen hinweg sicherzustellen. Die KMK ist in diesem Bereich in den letzten Jahren erheblich vorangekommen, das macht Mut für die vor uns liegenden Aufgaben.“**

Anknüpfend an die bisherigen Erfahrungen arbeitet die Kultusministerkonferenz an der Sicherstellung der Gleichwertigkeit des Abiturs und der Ausrichtung an den Bildungsstandards. **„Ziel ist, dass sich die Ansprüche an das Abitur oder den Mittleren Bildungsabschluss in Sachsen oder in Bremen, in Hamburg oder in Niedersachsen nicht mehr voneinander unterscheiden“, unterstrich Rabe.** Die Kultusministerkonferenz sei auf einem guten Weg, um Bildungsgerechtigkeit in Deutschland sicherzustellen.

Die Kultusministerkonferenz wird in Zusammenarbeit mit dem Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen zentrale und dezentrale Veranstaltungen durchführen mit dem Ziel, sich über erfolgreiche Aktivitäten zur Implementierung der Bildungsstandards auszutauschen und die länderübergreifende Zusammenarbeit zu verstärken. Eine Auftaktveranstaltung findet in diesem Jahr in Berlin statt.

Das jährliche Kaminesgespräch der Kultusministerinnen und -minister mit Vertreterinnen und Vertretern des Kulturbereichs wird in diesem Jahr die Verbindung zwischen Kultur und Schule in den Fokus stellen. Ein Blick auf die zahlreichen Initiativen und Programme auf politischer Ebene, in Schulen und kulturellen Einrichtungen macht deutlich, wie erfreulich viel sich seit Aufnahme der Beratungen auf diesem Gebiet entwickelt hat. Als Beispiel sei hier die Initiative „Kulturagenten für kreative Schulen“ genannt. Dieses Programm soll helfen, dass die Teilhabe an Kunst und Kultur fester Bestandteil des Alltags von Kindern und Jugendlichen wird. Es soll bei Kindern und Jugendlichen Neugier für die Kunst wecken und mehr Kenntnisse über Kunst und Kultur vermitteln, um eine Bildung und Stärkung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen und ihnen die Chance zu eröffnen, künftig Akteure einer kulturinteressierten Öffentlichkeit werden zu können.

Plenarsitzung in Hamburg

Im Rahmen der KMK-Präsidentschaft von Senator Rabe wird - neben weiteren Sitzungen in Berlin und Bonn - eine **Plenarsitzung aller Bildungs-, Forschungs- und Kultusminister der Länder am 18. und 19. Oktober 2012 in Hamburg** stattfinden.

Seit Gründung der KMK 1948 hatten bislang **vier Hamburger Senatoren** das Amt des KMK-Präsidenten inne:

- Senator Heinrich Landahl (SPD): Oktober 1950 bis November 1951, März bis Dezember 1961
- Senator Reinhard Philipp (FDP): 1972
- Senator Prof. Dr. Joist Grolle (SPD): 1983
- Senatorin Rosemarie Raab (SPD): 1995

Hintergrund

Die „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland“ (Kurzform: Kultusministerkonferenz, KMK) ist ein Zusammenschluss der für Bildung und Erziehung, Hochschulen und Forschung sowie kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister bzw. Senatoren der Länder und wurde 1948 gegründet. Die KMK behandelt Angelegenheiten der Bildungspolitik, der Hochschul- und Forschungspolitik sowie der Kulturpolitik von überregionaler Bedeutung. Sie sorgt in

Belangen, die von länderübergreifender Bedeutung sind, für das notwendige Maß an Gemeinsamkeit in Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Eine wesentliche Aufgabe der KMK besteht darin, durch Konsens und Kooperation in ganz Deutschland für die Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wissenschaftlich Tätigen das erreichbare Höchstmaß an Mobilität zu sichern, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicherzustellen und die gemeinsamen Interessen der Länder im Bereich Kultur zu vertreten und zu fördern.

Daraus ergeben sich als abgeleitete Aufgaben:

- die **Übereinstimmung oder Vergleichbarkeit von Zeugnissen und Abschlüssen** zu vereinbaren,
- auf die **Sicherung von Qualitätsstandards** in Schule, Berufsbildung und Hochschule hinzuwirken,
- die **Kooperation von Einrichtungen der Bildung, Wissenschaft und Kultur** zu fördern.

Weitere Informationen unter www.kmk.org

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

24. Januar 2012/bsb24

Pilot-Schulbibliotheken sollen mit Budgets der Schulen fortgeführt werden

Schulsenator Ties Rabe hat heute deutlich gemacht, dass die 9 Pilot-Schulbibliotheken, die ab 2009 in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen erfolgreich aufgebaut wurden, mit Budgets der Schulen fortgeführt werden sollen. Senator Rabe zeigte sich zuversichtlich: „Ich habe den Auftrag erteilt, dass gemeinsam mit den Schulleitungen Lösungen entwickelt werden, wie mit den keineswegs knappen „Bordmitteln“ der Schulen der Betrieb der Bibliotheken fortgesetzt werden kann. Dass das klappen kann, zeigen andere Schulen mit gut funktionierenden Bibliotheken.“

Senator Rabe zeigte gleichwohl Verständnis für die Sorgen der betroffenen Schulen: „Ich kann verstehen, dass die Schülerinnen und Schüler sich die ungeschmälerete Fortsetzung ihrer besonderen Bibliothek wünschen. Genauso ist aber zu bedenken, dass die Schülerinnen und Schüler in den anderen Hamburger Schulen ebenfalls ein Recht auf eine gut ausgestattete Schule und ordentlichen Unterricht haben.

Dieses Recht sollten wir gemeinsam sehr ernst nehmen. In der Vergangenheit ist darauf nicht immer sorgfältig geachtet worden. Mal bekam eine Schule besonders großzügige Räume, eine andere zusätzliche Lehrer (oder Bibliothekare), eine dritte beides und eine vierte gar nichts. Das ist schlicht unvernünftig und ungerecht. Schließlich sollen Hamburgs Schülerinnen und Schüler in allen Hamburger Schulen gut lernen können. Deshalb setze ich mich für eine Schulpolitik ein, die alle Schulen fair und bedarfsgerecht fördert und nicht willkürlich die eine Schule auf Kosten der anderen besser stellt.“

Im Jahr 2009 hatte die Vorgängerregierung beschlossen, in neun der über 300 allgemeinen Hamburger Schulen im Rahmen eines Projekts je eine Schulbibliothek einzurichten und diese mit einem multimedialen Angebot, Lesezonen, Schülerarbeitsplätzen und Fachpersonal auszustatten. Dieses Projekt war auf drei Jahre befristet. Ab dem Schuljahr 2012/13 hat die Vorgängerregierung für dieses Projekt aber kein Geld mehr zur Verfügung gestellt und auch für die einmal angedachte Ausweitung war keine Vorsorge getroffen worden.

Bis heute bekamen nur diese neun Schulen für ihre Bibliotheken rund zwei Millionen Euro: rund 1,2 Millionen Euro für Bücher und Einrichtung und rund 800.000 Euro, um drei Jahre lang eine eigene Bibliothekarin bzw. einen eigenen Bibliothekar zu beschäftigen. **Rabe: „Alle anderen Schulen haben diese Ausstattung nicht bekommen. Dabei bieten andere Schulen ebenfalls Bibliotheken und Leseförderung an – betreiben sie phantasievoll, mit großem Einsatz und mit den „Bordmitteln“ der Schule.“**

Hintergrund

1. Das Vorhaben zur Einrichtung von 9 Schulbibliotheken in sozial belasteten Stadtteilen war von Anfang an nur auf drei Jahre befristet. Denn der Hamburger Haushalt verfügt nicht über die Mittel, um ein solches Projekt dauerhaft zu betreiben. Bereits die alte Regierung hatte deshalb ab dem Sommer 2012 kein weiteres Geld zur Fortsetzung der Maßnahme zur Verfügung gestellt.

2. Wenn diese neun sehr teuren Bibliotheken tatsächlich unverändert fortgeführt werden, muss an anderer Stelle bei den übrigen Schulen Geld gestrichen werden. Denn das nötige Geld müsste an anderer Stelle eingespart werden. Es wäre aber den anderen Schulen gegenüber nicht fair, wenn sie die weitere Besserstellung von neun Schulen mit eigenen Nachteilen auch noch finanzieren müssten.

3. Auch viele der anderen allgemeinen Schulen hätten gern eine solche außerordentlich gut ausgestattete Schulbibliothek inklusive einer Bibliothekskraft. Für alle allgemeinen Hamburger Schulen würde das jedes Jahr rund 23 Millionen Euro kosten. So viel Geld könnte nur durch die Streichung von über 350 Lehrerstellen finanziert werden, das entspricht 13 kompletten Grundschulen. Das kann niemand ernsthaft wollen.

Auf Basis dieser Ausgangslage entschied Senator Rabe, dass über das vereinbarte Projektende hinaus keine zusätzlichen Gelder für diese neun Bibliotheken bereitgestellt werden. Ab dem Sommer 2012 werden die neun Schulen wieder genau so gefördert und ausgestattet wie alle anderen Schulen. Allerdings mit dem Unterschied, dass diese neun Schulen anders als alle anderen eine perfekt eingerichtete Bibliothek bekommen haben und natürlich behalten dürfen. Derzeit finden Gespräche mit den betroffenen Schulleitungen statt, mit dem Ziel die Fortführung der Bibliotheken sicherzustellen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

26. Januar 2012/bsb26

„Frau Kaiser besteht drauf“ – Neuer Film zeigt, wie individualisiertes Lernen an Schulen ermöglicht werden kann

Wie kann es Schulen gelingen, den Schülern individualisiertes Lernen zu ermöglichen? Dieser Frage spürt der Film „Frau Kaiser besteht drauf“ nach. Er stellt drei Schulen vor, die ihre Strukturen verändert haben, um Raum für individualisiertes Lernen zu schaffen. Die drei Schulen unterscheiden sich in vielfacher Hinsicht voneinander – bezüglich der Schulform, des schulischen Profils und ihrer pädagogischen Ideen. Eins aber ist ihnen gemeinsam: ihre konzeptionelle Klarheit und die Kraft in der Umsetzung ihrer Ideen.

Beauftragt hat den Film das Institut für Bildungsmonitoring der Behörde für Schule und Berufsbildung. Seine Mitarbeiter begegnen im Rahmen ihrer Arbeit häufig Beispielen gelungener Schulpraxis. Da Schulen oft den Wunsch äußern, voneinander zu lernen, ist die Idee entstanden, gute Ansätze filmisch sichtbar zu machen und allen Schulen zur Verfügung zu stellen. Der Film gibt bewusst keine fertigen Rezepte vor, sondern lädt dazu ein, über Schulentwicklung nachzudenken. Zudem beleuchtet er die Rolle der Lehrkraft, die Bedeutung des Dialogs zwischen Lehrenden und Lernenden und die Bedeutung der Kooperation und Kommunikation von Lehrkräften. Er soll Anlass und Gelegenheit bieten, gemeinsam im Kollegenkreis, aber auch mit allen an Schule Interessierten über die Möglichkeiten zur nachhaltigen Veränderung von Schule zu sprechen.

Der Film wählt ganz unterschiedliche Beispiele aus, um zu zeigen, wie vielfältig die Wege sind, die Schulen zur Individualisierung von Lernprozessen einschlagen. Das **Carl-von-Ossietzky-Gymnasium** hat Forscher- und Trainingskurse eingerichtet, um jeden Schüler gemäß seiner Stärken und Schwächen zu fördern. Die **Grundschule Rellinger Straße** arbeitet jahrgangsübergreifend mit der Unterstützung von Logbüchern und Planungsmappen, so dass Schüler selbstorganisiert an individualisierten Lernzielen und aufgaben arbeiten können. Die **Erich Kästner Schule** zeigt, wie sie ihre Bilanz-Ziel-Gespräche gestaltet, damit Eltern, Schüler und Lehrkräfte gemeinsam den individuellen Lernweg der Schüler begleiten und reflektieren können.

Der 55-minütige Dokumentarfilm ist eine gemeinsame Produktion von Uli Fischer, selbstständiger Filmemacher aus Hamburg, und Wolfgang Fien, der am Institut für Bildungsmonitoring als Schulinspektor tätig ist. Er ist in dieser Woche an die Schulen verschickt worden.

Interessierte können ihn kostenfrei über das Institut für Bildungsmonitoring (www.bildungsmonitoring.hamburg.de) beziehen.

Für Rückfragen der Medien:

Institut für Bildungsmonitoring (ifbm) Schulinspektion Tel: (040) 428 851 311 E-Mail: schulinspektion@schule.hamburg.de Internet: www.schulinspektion.hamburg.de	Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 4 28 63 – 2003 E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de , Internet: www.hamburg.de/bsb
--	--

27. Januar 2012/bsb27

Landesrahmenvertrag macht den Weg frei: Zusätzliche Ganztagsangebote für rund 10.000 weitere Schüler/-innen

Vertreter der Schulbehörde, Sozialbehörde und der Jugendhilfe-Dachverbände haben heute im Hamburger Rathaus den Landesrahmenvertrag „Ganztägige Bildung und Betreuung an Schulen (GBS)“ unterzeichnet. Damit ist der Weg frei für eine gute Zusammenarbeit von Schule und Hort mit dem Ziel, in den nächsten Jahren für rund 10.000 Schülerinnen und Schülern ein zusätzliches Ganztagsangebot an den Schulen zu schaffen.

Schulsenator Ties Rabe: „Ich freue mich sehr, dass wir nach längeren Verhandlungen den gemeinsamen Vertrag unterzeichnet haben. Das Neben- und teilweise Gegeneinander von Schule und Hort führt jetzt zu einem Miteinander, von dem Hamburgs Schülerinnen und Schüler profitieren: Lehrer, Sozialpädagogen und Erzieher ergänzen einander hervorragend. Durch diesen Schritt können wir in den nächsten Jahren rund 10.000 kostenlose zusätzliche Ganztagsplätze an den Grundschulen anbieten. Statt bisher rund 30 Prozent können künftig bis zu 50 Prozent der Schulkinder an Ganztagsangeboten teilnehmen. Der neue Landesrahmenvertrag bietet große Chancen für einen geordneten Ausbau der Ganztagsangebote. In den letzten Jahren ist der Ausbau des Ganztagsangebots mehrfach gestoppt und sogar unterbrochen worden. Die Nachfrage nach verlässlicher Betreuung an Schulen ist groß, deshalb nutzen wir jetzt im Interesse vieler Kinder und Familien diese Chancen.“

Sozialsenator Detlef Scheele: „Bisher haben sich die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe oftmals gegeneinander abgegrenzt. Mit diesem Vertrag schaffen wir einen ganz neuen Rahmen dafür, dass Schule und Jugendhilfe die Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder im Ganztag gemeinsam gestalten. So kann eine neue Qualität von Bildung entstehen. Wir hoffen, dass sich durch eine bunte Angebotsgestaltung am Nachmittag die Zufriedenheit der Kinder und der Eltern deutlich verbessert.“

Kernpunkte des Landesrahmenvertrags sind:

- Es gibt zusätzliche finanzielle Mittel für die Nachmittagsbetreuung, dadurch ist die nun vereinbarte Personalsituation durchaus mit der Erzieher-Kind Relation im Hort vergleichbar. Durch zusätzlich im Rahmen des Pädagogischen Budgets zur Verfügung gestellte Mittel, durch die Tatsache,

dass die Kinder im Durchschnitt vier Mal die Woche teilnehmen, und durch die Einbindung weiterer Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendmusikschulen und der Sportvereine in die Nachmittagsbetreuung senkt sich die Erzieher-Kind Relation noch weiter. Für Förder- und Sprachheilschulen gilt ein besonderer Betreuungsschlüssel von 1:12.

- Für jedes Kind mit Behinderung werden im Jahr zusätzlich bis zu 4.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt. Sollte z.B. bei mehrstschwerfach-behinderten Kindern dies nicht ausreichen, gibt es zudem nach einer Prüfung die Möglichkeit von Einzelvereinbarungen. Damit ist die Grundlage dafür geschaffen, dass alle Kinder vom Ganztagsprogramm des Senats profitieren. Insgesamt wird so mehr als drei Mal so viel Geld wie bisher für die Inklusion am Nachmittag bereitgestellt.
- Es werden Wege für eine Zusammenarbeit zwischen Schule, Hort sowie den Freizeit- und Kulturangeboten des Stadtteils eröffnet. So regelt der Landesrahmenvertrag, dass Schule und Hort ihre Ganztagsangebote mit den vielfältigen Angeboten des Stadtteils vernetzen und dazu entsprechende Konzepte erarbeiten. Durch finanzielle Anreize sind auch die Möglichkeiten der Kooperation an den Ganztagschulen nach Rahmenkonzept verbessert worden.
- Um die Raumsituation zu verbessern und Schulräume auf das Nachmittagsangebot einzustellen, werden zusätzlich zum normalen schulischen Budget jedes Jahr weitere 2,5 Millionen Euro für Möbel und Einrichtung der Klassenräume zur Verfügung gestellt.
- Darüber hinaus werden in den nächsten Jahren alle Grundschulen mit Kantinen ausgestattet. Dafür werden zusätzlich bis zu 100 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.
- Mit zahlreichen Maßnahmen wird die Zusammenarbeit von Schule und Hort verbessert. So erhalten die Standorte künftig jeweils 25.000 Euro für Kooperationszeiten, in denen Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer gemeinsam die pädagogische Arbeit organisieren und gestalten können. Die Kooperationspartner sollen in diesem Sinne auch Stimm- und Rederecht in den Schulkonferenzen erhalten.
- An den Schulen wird die ganztägige Bildung und Betreuung täglich von 6 bzw. 7 bis 18 Uhr sowie in den Ferien angeboten. Die Teilnahme ist ab Klasse 1 für alle Kinder in der Kernzeit von 13 bis 16 Uhr kostenlos. Für die Teilnahme an den Rand- und Ferienzeiten werden wie bisher im Hort Gebühren erhoben. Das sozial gestaffelte Gebührensystem wird erstmals ergänzt durch sozial gestaffelte Essenspreise, die allen Kindern die Teilnahme garantieren.

- Der Vertrag wird ab dem Schuljahr 2012/13 in Gänze umgesetzt, Es wird eine Vertragskommission zur Qualitätssicherung und Begleitung des Projekts eingerichtet. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31.12.2015.

Schulsenator Ties Rabe: „Mit dem Landesrahmenvertrag haben wir erhebliche Verbesserungen gegenüber der bisherigen Planung durchgesetzt und viele Wünsche nach pädagogischer Qualität und guter Zusammenarbeit berücksichtigt. Auf dieser guten Grundlage werden wir jetzt gemeinsam mit allen Beteiligten, unter anderem mit der Elternkammer und dem Landeselternausschuss, die weitere Umsetzung der Reform beraten. Wir sind sehr zuversichtlich, Fragen rund um den Zeitplan für die Reform, die Teilnahmezeiten und die Gebühren einvernehmlich zu lösen.“

Für Rückfragen der Medien:

<p>Behörde für Schule und Berufsbildung Peter Albrecht, Pressesprecher Tel: (040) 428 63 – 2003 E-Mail: pete.albrecht@bsb.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/bsb</p>	<p>Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Nicole Serocka, Pressesprecherin Tel.: (040) 428 63 - 2889 E-Mail: nicole.serocka@basfi.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/basfi</p>
--	--

24. Januar 2012/bsu24

Senat beschließt Gebührensplitting bei der Abwasserbeseitigung Getrennte Sielbenutzungsgebühr entlastet Familien und Mieter

Der Senat hat heute einen Gesetzentwurf zur Einführung der getrennten Sielbenutzungsgebühren bei der Abwasserbeseitigung beschlossen, der jetzt der Bürgerschaft vorgelegt wird. Mit dem neuen Gebührenmodell werden keine Mehreinnahmen erzielt. Stattdessen werden die Gebühren, die zur Deckung der anfallenden Kosten bei der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung erhoben werden, gerechter auf die Verursacher verteilt. Ziel ist eine transparentere Abrechnung der Schmutz- und Niederschlagswassergebühren.

Bislang zahlen die Bürgerinnen und Bürger pro verbrauchtem Kubikmeter Trinkwasser eine einheitliche Abwassergebühr von 2,75 Euro. Durch das Gebührensplitting wird nun das zu beseitigende Niederschlagswasser nicht mehr wie bisher zusammen mit dem Schmutzwasser nach dem verbrauchten Frischwasser abgerechnet. Ausschlaggebend ist jetzt vielmehr die versiegelte Grundstücksfläche, über die Niederschlagswasser in das Sielnetz von HAMBURG WASSER eingeleitet wird. Pro Quadratmeter versiegelter Fläche fällt in Zukunft für die Niederschlagswasserbeseitigung eine separate Gebühr von voraussichtlich 0,73 EUR pro Quadratmeter und Jahr an. Die nach dem Frischwasserverbrauch berechnete Gebühr für das Schmutzwasser wird voraussichtlich 2,09 EUR pro Kubikmeter betragen.

Von dem Gebührensplitting werden insbesondere Familien und Mieter profitieren, weil diese in der Regel verhältnismäßig wenig versiegelte Flächen nutzen. Auch viele Unternehmen im Hafen werden durch die Gebühreumstellung entlastet, da sie ihr Niederschlagswasser häufig direkt in die Elbe einleiten. Gleiches gilt für alle Bereiche der Industrie und des Dienstleistungssektors, die große Mengen Frischwasser verbrauchen. Demgegenüber entstehen all jenen größere Kosten, die über großflächig versiegelte Grundstücke Niederschlagswasser in das Sielnetz einleiten.

Damit das neue Gebührenmodell in Kraft tritt, muss noch die Hamburgische Bürgerschaft zustimmen. Mit der Einführung der gesplitteten Gebühr ist zu Beginn des zweiten Quartals zu rechnen. Die exakte Höhe der Gebühren wird durch HAMBURG WASSER kalkuliert und vom Senat beschlossen.

Mehr dazu im Internet unter: <http://www.hamburgwasser.de/gebuehrensplitting.html>

Kontakt: HAMBURG WASSER, Matthias Sobottka, 040-7888-88222, matthias.sobottka@hamburgwasser.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

25. Januar 2011/bsu25

www.sturmflut.hamburg.de

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt veröffentlicht zum Gedenken an 1962 interaktive Website und Veranstaltungsprogramm

Am 16./17. Februar jährt sich zum 50. Mal die Sturmflutkatastrophe von 1962. Nachdem in der Nacht auf den damaligen 17. Februar unter der Wucht der Wassermassen mehr als 60 Deiche gebrochen waren, starben in Hamburg 315 Menschen, tausende mussten gerettet werden und zehntausende verloren ihre Häuser oder ihr Hab und Gut. Als Konsequenz wurde in den folgenden Jahrzehnten der Hochwasserschutz in Hamburg massiv ausgebaut.

Aus Anlass des 50. Jahrestages finden in den kommenden Wochen in und um Hamburg zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Aktionen statt, die an die Flut und ihre Opfer erinnern oder sich mit dem Thema Sturmflut auseinandersetzen. Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Angebote der unterschiedlichsten Institutionen, Verbände und Vereine in einem Veranstaltungsprogramm (Faltblatt mit dem Titel „50. Jahrestag der Sturmflut von 1962. Termine und Veranstaltungen 2012“) zusammengestellt, das ab sofort im Stadtmodell in der Wexstraße 7 (Di-Fr 10-17 und Sa+So 13-17:00) und in den Kundenzentren der Bezirke erhältlich ist und auch online unter www.sturmflut.hamburg.de zum Abruf bereitsteht.

Die neue Website www.sturmflut.hamburg.de bietet u.a. eine historische Aufbereitung der Ereignisse von damals in Form von Zeitzeugenberichten (auch ein Bericht von Senatorin Jutta Blankau aus Altenwerder), eine interaktive Karte der 1962 überfluteten Gebiete mit Fotos und Texten sowie eine Bildergalerie ein mit vorher/nachher-Vergleichen zerstörter Gebiete und Informationen zum Hochwasserschutz heute. In Wilhelmsburg finden in diesen Tagen Workshops statt, bei denen sich Kinder und Jugendliche mit dem Thema Sturmflut auseinandersetzen. Die Ergebnisse in Form von Zeitzeugen-Interviews und Texten werden ebenfalls auf www.sturmflut.hamburg.de präsentiert.

Außerdem können Hamburgerinnen und Hamburger auf der Website unter „Zeitzeugen“ ihre eigenen Erinnerungen und Gedanken hinzuzufügen und sich mit anderen austauschen. Über ein einfaches Eingabeformular lassen sich Texte und Bilder hochladen.

Kontakt: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Volker Dumann, T: (040)428.40-32 49, Volker.Dumann@bsu.hamburg.de.

26. Januar 2012/bwf26

Norddeutsche Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) in Brüssel

Norddeutsche Wissenschaftsministerinnen und –minister zeigen in Brüssel Flagge für die Meeresforschung

Die Unterstützung der deutschen Meeresforschung und ihre Einbindung in europäische Forschungsstrategien waren die Ziele des Treffens der Norddeutschen Wissenschaftsministerkonferenz (NWMK) am 24. Januar 2012 in Brüssel. Die Ministerinnen und Minister führten zahlreiche Gespräche mit wichtigen europäischen Entscheidungsträgern auf dem Feld der Meerespolitik, um die norddeutschen Länder noch besser als bisher als hochrelevante Meeresforschungsregion in Europa zu positionieren.

Schwerpunkte waren die Verankerung von Meeresforschung im 8. EU Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 und damit auch ihre finanzielle Ausstattung für die Jahre 2014 bis 2020 sowie die Platzierung des Themas „Ressourcen aus dem Meer“ als Förderthema des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie. Die NWMK will so einen Beitrag dazu leisten, dass für Norddeutschland wichtige Themen wie Folgen der Klimaerwärmung, nachhaltiger Umgang mit Ressourcen, Energie aus dem Meer, im europäischen Kontext erforscht und bewältigt werden können. Das Konsortium Deutsche Meeresforschung KDM als Zusammenschluss der Norddeutschen Meeresforscher/innen soll kurzfristig ein Programmpapier vorlegen.

Die Pressestelle der Behörde für Wissenschaft und Forschung bietet Ihnen das Foto zu dieser Mitteilung zur honorarfreien Veröffentlichung an unter: <http://www.hamburg.de/bwf/nof/3264320/2012-01-26-bwf-nwmk-in-bruessel.html>

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Svenja Brandt

Tel.: 040 – 42863 2322, Mobil: 0171 – 388 24 32

E-Mail: svenja.brandt@bwf.hamburg.de

24. Januar 2012/bwvi24

Einweihung des Laser Zentrum Nord und Start der Nortec: Innovationskraft für den Standort Hamburg

Mit dem Laser Zentrum Nord ist am Standort Bergedorf ein wegweisendes Projekt entstanden: Hier wurde die Grundlage für innovative, anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung im Hochtechnologie-Bereich des Lasers geschaffen, die weltweit eine immer größere Rolle spielt. Anwendungsnahe Forschung und Entwicklung ist in Hamburg in dieser Form und in diesem Umfang bisher nicht möglich gewesen. Das Laser Zentrum Nord ist auch Ausdruck der Politik des Senats, Hamburg zu einer Metropole für Innovationen zu entwickeln. Dabei unternimmt der Senat keinen Alleingang, sondern befindet sich in breitem Konsens mit den maßgeblichen Akteuren in der Stadt. Unternehmen, Verbände und Kammern, Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind aktiv eingebunden. Im Rahmen der InnovationsAllianz Hamburg wurden die Leitlinien für die zukünftige Entwicklung der Metropole formuliert. Damit sollen vor allem auch neue wettbewerbsfähige und zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Senator Frank Horch setzt bei der Innovationsstrategie auf intensive Netzwerkarbeit. Ein wichtiger Punkt ist die Förderung von Forschungs- und Innovationscampi: Senator Horch sagt: „Wie ich mich überzeugen konnte, sind die 13 Millionen Euro aus dem Bundeskonjunkturprogramm II hervorragend angelegt worden. Die Erfahrung zeigt, dass die räumliche Nähe von Wissenschaft und Wirtschaft die Innovationskraft eines Standortes erheblich fördern kann. Wir wollen deshalb gezielt nach Standorten suchen, die für die Entwicklung von solchen Innovationszentren geeignet sind. Auch das Laser Zentrum Nord könnte einen solchen Anker für die Ansiedlung von Unternehmen in seinem Umfeld bilden, die das vorhandene Know-How und die Infrastruktur nutzen möchten.“

Motor bei der Entwicklung des LZN ist die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH). Sie stellt ihr Forschungs- und Entwicklungs-Know-how zur Verfügung und trägt im LZN beispielgebend zur Beschleunigung des Wissenstransfers aus der Forschung in die Praxis bei. Neue Verfahren zum Schneiden, Fügen, Abtragen und Beschriften mit Lasern ermöglichen eine bessere und schnellere Produktion in zukunftsweisenden Branchen und Clustern der Stadt Hamburg: der Medizintechnik, im Flugzeug- und Schiffbau sowie Maschinenbau. Mit diesem Transfer wissenschaftlichen Fortschritts – von der Beratung über die Forschung und Entwicklung bis zur Weiterbildung – fördert die Technische Universität der Hansestadt Hamburg die Innovationskraft von Unternehmen. Die Brücke für diesen erfolgreichen Technologietransfer schlägt die TUTech Innovation GmbH.

„Ich freue mich, dass der Gründungsgedanke der TU, die Förderung des regionalen Mittelstandes, mit der Einrichtung des LZN gelebt wird“, sagt der Präsident der TU Hamburg-Harburg, Professor Garabed Antranikian.

Ein Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik des Senats ist die Innovations- und Technologiepolitik. Das Laser Zentrum Nord ist ein hervorragendes Beispiel dafür, Unternehmen in die Lage zu versetzen, Innovationen durchführen zu können. Hier wird eine Brücke geschlagen von wissenschaftlichen Erkenntnissen hin zur Anwendung in der Wirtschaft. Das führt zu Vorteilen im Wettbewerb für die Unternehmen. Die Wissenschaft profitiert über die Rückkoppelung der Praxisanwendung. Bereits in der Aufbauphase hat sich gezeigt, dass es einen Bedarf für diese Technologieplattform gibt.

„Der Laser hat die Produktionstechnik verändert. Deutschland gehört in der Laserforschung zu den weltweit führenden Ländern. Andere Laserzentren in Deutschland sind eher forschungsorientiert, wir dagegen werden stark anwendungsorientiert sein“, sagt Professor Claus Emmelmann, CEO - Geschäftsführer der LZN Laser Zentrum Nord GmbH und Leiter des Instituts für Laser- und Anlagensystemtechnik (iLAS) an der TU Hamburg-Harburg. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ziel marktreifer Entwicklungen von hochwertigen Produkten, Dienstleistungen, Methoden und Prozessen ist ein wichtiger Baustein, um Hamburg im europäischen Vergleich eine Spitzenposition bei Einkommen und Beschäftigung gut aufzustellen. Dazu Richard Bauer, Vorstandsvorsitzender der Körber AG: „Das Laser Zentrum Nord ist für Hauni und die gesamte Körber-Gruppe ein interessanter Innovationspartner. Wir arbeiten heute schon zusammen an Projekten, die von der gemeinsamen Laserentwicklung bis zu konkreten neuen Anwendungen reichen.“

Neue Entwicklungen brauchen bis zur Erlangung ihrer Marktreife nicht nur Wissen und Zeit, sondern in der Regel auch Geld. Der Hamburger Senat möchte deshalb das Hamburger FuE-Fördersystem verbessern – mit dem Anspruch an mehr Transparenz, Klarheit und Verständlichkeit, effiziente Strukturen, Prozesse und Verantwortlichkeiten. Es soll maximale Flexibilität im Hinblick auf die Bedarfe der Antragsteller bieten und ihnen einen leichteren und schnelleren Zugang zu Fördermitteln verschaffen –unter Berücksichtigung der EU-Rahmenbedingungen. Besonderes Augenmerk haben in der geplanten Förderstruktur innovative Existenzgründer und junge, innovative Unternehmen, denn ihre frischen Ideen sollen den Standort für die Zukunft sichern.

Ein zunehmender Fachkräftemangel stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Hamburg hat mit seinen Qualifizierungsinitiativen – zum Beispiel in der Luftfahrtindustrie und Logistik – schon früh auf diese absehbare Entwicklung reagiert. Es wurden Lernkooperationen initiiert, die durch enge Verzahnung von Wirtschaft, Verwaltung und Bildungseinrichtungen sicherstellen, dass bedarfsgerechte Angebote geschaffen werden. Diese erfolgreichen Ansätze wollen wir gezielt fortsetzen.

Ein gutes Beispiel ist auch in diesem wichtigen Zukunftsfeld das Laser Zentrum Nord: Es wird Angebote geben zur Ausbildung von Facharbeitern, die noch nicht mit dem Laser arbeiten, aber hier aufgrund der veränderten Bedarfe ihrer Unternehmen eingesetzt werden sollen. Für die Betriebe bietet sich damit die hervorragende Möglichkeit, ihre Mitarbeiter in Hamburg in der Theorie und praktisch an modernsten Lasermaschinen schulen zu lassen.

Kennen lernen können Unternehmer und Besucher das LZN auf der am 25. Januar beginnenden 13. Fachmesse für Produktionstechnik. Zusammen mit der Hamburg Messe und Congress GmbH stellt das LZN auf der NORTEC innovative Anlagenkonzepte sowie Laserstrahlanwendungen vor.

Auch wird ein Ausblick auf die neuesten Entwicklungen und einen Überblick über die Forschung gegeben und demonstriert, wie Unternehmen mit modernen Laseranwendungen neue Märkte erschließen sowie ihre Fertigungsprozesse effizienter gestalten können. „Als erste Fachmesse ist die NORTEC ein wichtiges Stimmungsbarometer für den Maschinen- und Anlagenbau. Ab Mittwoch präsentieren rund 400 Aussteller, darunter namhafte Unternehmen und Marktführer, auf unserem Messegelände ihre Neuheiten in der zerspanenden und nichtzerspanenden Metallbe- und -verarbeitung, Automation und Elektronik“, sagt Bernd Aufderheide, Vorsitzender der Geschäftsführung Hamburg Messe und Congress GmbH.

Rückfragen:

Susanne Meinecke

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 2239

E-Mail: susanne.meinecke@bwvi.hamburg.de

24. Januar 2012/kb24

Elbphilharmonie: Stadt sieht Hochtief-Klage gelassen entgegen

Die Baufirma Hochtief hat heute die Objektgesellschaft Adamanta (eine Tochter der CommerzReal) verklagt. Diese wird der Stadt voraussichtlich im gleichen Umfang den Streit verkünden. Zuvor war die Adamanta von der städtischen Elbphilharmonie Hamburg Bau KG zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 40 Mio. € aufgefordert worden, die Adamanta hatte die Forderung an Hochtief weitergeleitet. Die Frage, ob Hochtief einen Anspruch auf Bauzeitverlängerung hat, ist bereits Gegenstand einer Klage der städtischen Elbphilharmonie Bau KG vor dem Landgericht (Negative Feststellungsklage). Die Stadt hat mit der Klage vor dem Landgericht zum Ausdruck gebracht, dass Hochtief nicht mehr als drei Monate Bauzeitverlängerung zustehen. Für den darüber hinausgehenden Verzug ist Hochtief verantwortlich. Daher hat die Stadt Hochtief die Vertragsstrafe in Rechnung gestellt.

Heribert Leutner, Geschäftsführer der Elbphilharmonie Hamburg Bau KG, erklärt dazu: „Die von Hochtief eingereichte Klage bestätigt unsere Rechtsauffassung. Denn mit der Klage dokumentiert Hochtief, dass ein Feststellungsinteresse besteht, die Verursachung der Bauzeitverlängerung zu klären. Deshalb lassen wir bereits mit unserer Klage vor dem Landgericht klären, ob Hochtief einen Anspruch auf Bauzeitverlängerung hat. Wir sind von der städtischen Rechtsposition überzeugt. Hochtief hat zur Begründung der Klage angeführt, die Stadt habe ihre Planungen nicht fertiggestellt. Diese Behauptung ist nach wie vor falsch. Insbesondere im Bereich der Technischen Gebäudeausstattung (TGA) sind vielmehr die Planungen von Hochtief unvollständig und sehr fehlerhaft. Deswegen sehen wir der Klage gelassen entgegen.“

Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler unterstreicht den Wunsch nach einer einvernehmlichen Lösung. „Die Stadt ist weiterhin an einer gemeinsamen Lösung mit Hochtief interessiert. Allerdings führt die heute eingereichte Klage nicht weiter. Wir werden uns von solchen taktischen Winkelzügen aber nicht irritieren lassen. Wir suchen weiter nach einem konstruktiven Weg, die Elbphilharmonie fertigzustellen.“

Für Rückfragen:
Karl Olaf Petters
Pressesprecher Elbphilharmonie
Tel.: 42824 325

Auszeichnungen für die besten Hamburger Musikclubs

Clubkombinat Hamburg hat Club Award verliehen

Gestern (Mittwoch) Abend hat das Clubkombinat Hamburg zum zweiten Mal den Hamburger Club Award verliehen. Nachdem eine Fachjury ihre Entscheidungen getroffen hatte, wurden im Rahmen einer gut besuchten Feier bei bester Stimmung im Livevmusikclub Molotow am Spielbudenplatz in St. Pauli die Preise vergeben. Unterstützt wurde der Club Award aus Mitteln der Hamburger Kulturbehörde.

Mit dem Club Award setzen das Clubkombinat Hamburg und die Kulturbehörde ein deutliches Zeichen für die Spielstättenbetreiber der Hansestadt. Ziel der Auszeichnung ist es, die Leistung aller Clubs herauszustellen und öffentlich anzuerkennen. „Die Hamburger Clubs schaffen es trotz des täglichen Überlebenskampfes, unsere Stadt mit einer vielfältigen und hochklassigen Live-Musik Kultur zu versorgen. Dieses ist nur mit einer gehörigen Portion Enthusiasmus möglich und das muss gebührend belohnt werden“, so **Terry Krug**, Geschäftsführerin des Clubkombinats.

Für Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler** leisten die Hamburger Musikclubs einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Vielfalt in der Stadt: „Ich gratuliere den Preisträgern des Club Award und danke ihnen für ihre hervorragende Arbeit. Die Bandbreite der prämierten Musikclubs zeigt die Vielfalt der Hamburger Clubszene. Die Musikclub-Betreiber in Hamburg sind mit viel Herzblut bei der Sache und leisten einen wichtigen Beitrag zum Musikleben in Hamburg. Die Kulturbehörde unterstreicht mit der Unterstützung des Club Awards und mit anderen Förderansätzen, wie dem Live Concert Account, die Bedeutung der Musikclubs für die Musikstadt Hamburg.“

Die Auszeichnung für den besten Live-Musik Club hat das **Knust** erhalten und wurde damit für seine langjährige kontinuierliche Arbeit und sein Engagement für die Live-Musik prämiert. Weitere Preisträger sind der **Cotton Club** (Kategorie Spartenclub), das **Hafenklang** (Kategorie Auftritt), die **Prinzenbar** (Kategorie klein und fein) und **Originalton e.V.** (Kategorie Veranstalter). Den Preis für die beste Nachwuchsförderung teilen sich die **Astra Stube** und das **Molotow**. Das **freundlich + kompetent** hat nach einem Online-Voting auf der Homepage des Clubkombinats Hamburg den Publikumspreis gewonnen. Der Vorstand des Clubkombinats hat außerdem einen Ehrenpreis an **Andrea Rothaug** verliehen und würdigt mit diesem Preis ihr besonderes Engagement für das Clubkombinat und ihre politische Arbeit für die Livemusik-Kultur in Hamburg. Bis auf den Ehrenpreis waren alle Kategorien gelddotiert.

Karsten Schölermann vom Gewinner-Club Knust hat spontan angekündigt, sein Preisgeld in Höhe von 1.500,- Euro der Clubstiftung (Stiftung zur Stärkung privater Musikbühnen Hamburg) spenden zu wollen. Die Clubstiftung dient der Förderung kultureller Zwecke und kann Hamburger Livemusik-Clubs bei den mitunter erheblichen Investitionskosten unter die Arme greifen.

Die Fachjury für den Club Award bestand aus Diana Bach (Rockcity e.V.), Stephan Rath (Soulsville Management/Buback), Jörg Schüler (M/S Promotion/Hans und Gabi), Jannes Vahl (Clubkinder/Prinz Hamburg), Frederik Misch (Sutsche DJ Team), Jan Kahl (Szene Hamburg) und Helmut Heuer (VUT/Electric Chair/Lounge Rec.).

Durch das Programm führte Daniel Sommer aka Cosmic DJ (Ex-Fischmob, International Pony). Neben der Preisverleihung gab es auch Livemusik von Makina V3, The Clintwood Show und Fu** Art, Let's Dance. Special Guest war der vor allem durch seine Türsteher-Lesungen bekannte Hamburger Künstler Viktor Hacker.

Für Rückfragen:

Kulturbehörde

Enno Isermann, Pressesprecher
Hohe Bleichen 22, 20354 Hamburg
040 428 24 207, 0151/61 30 06 49
enno.isermann@kb.hamburg.de

Clubkombinat Hamburg e.V.

Terry Krug, Geschäftsführerin
Lerchenstr. 28, 22767 Hamburg
Tel. 040/23518357, 0170/470 73 48 Terry Krug
kontakt@clubkombinat.de

Terminkalender

Vom 30. Januar bis 5. Februar 2012

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 30.01.2012

- 18:00** UKE, Martinistraße 52, im Erika-Haus, Gebäude W 29
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Staatsrätin Elke Badde nehmen am Neujahrsempfang des **Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf** teil.
- 19:00** Kunsthaus Hamburg, Klosterwall 15
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Vernissage der Ausstellung "Stolpersteine"**.
- 19:00** Center Court Lounge im Tennisstadion Rothenbaum, Hallerstraße 89
Senatorin Jutta Blankau hält eine Rede beim **Neujahrsempfang des ASU e.V. und des BJU e. V. .**
- 19:45** Marriott Hotel, Hamburg
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort bei der diesjährigen **NCL-Benefiz Kunstauktion**.
- 20:00** Berlin, Konzerthaus Berlin
Staatsrat Wolfgang Schmidt nimmt auf Einladung des Kulturministers der Volksrepublik China, Cai Wu, und des Botschafters der Volksrepublik China in Deutschland, Wu Hongbo, am **Eröffnungskonzert des Kulturjahres von China in Deutschland** teil.

Dienstag, den 31.01.2012

- 11:30** Bundeskanzleramt, Berlin
Senator Detlef Scheele nimmt am **5. Integrationsgipfel im Bundeskanzleramt** teil.
- 14:00** DESY Brandenburg, Zeuthen bei Berlin
Staatsrat Dr. Nikolas Hill spricht ein Grußwort anlässlich des **Festaktes „20 Jahre DESY“**.
- 18:00** TU Harburg, Audimax II, Denickestr. 22
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält einen **Vortrag mit dem Titel „Stadtentwicklung und Kultur – zusammendenken, was zusammengehört“** im Rahmen der Ringvorlesung der TU Harburg "Vom Nützlichen und Schönen. Begegnungen von Technik und Kunst".
- 19:00** Patriotische Gesellschaft, Trostbrücke
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort anlässlich der **Fachveranstaltung Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik**.
- Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.

Mittwoch, den 01.02.2012

- 10:00** Zukunftsschule Alsterpalais, Elementarbereich (Kuppelsaal), Alsterdorfer Str. 523

Senator Detlef Scheele spricht bei der **Vorstellung des Konzepts "KITA 21 - Die Zukunftsgestalter"** ein Grußwort.

- 11:00** Berlin, Botschaft der Republik Nicaragua, Joachim-Karnatz-Allee 45
Staatsrat Wolfgang Schmidt trifft die **Gesandte der Republik Nicaragua, Karla Luzette Beteta Brenes, zum Gespräch.**
- 12:00** Delta Bistro, Fleischgroßmarkt Hamburg, Lagerstr. 17
Senator Dr. Peter Tschentscher spricht ein Grußwort beim **traditionellen Gänseessen des Fleischgroßmarkt Hamburg.**
- 19:30** Hamburger Kammerspiele, Logensaal, Hartungstr. 9-11
Senator Dr. Peter Tschentscher ist Gast bei der **Veranstaltung „Senator vor Ort“.**

Donnerstag, den 02.02.2012

- 11:00** Holstenstraße 224
Senator Frank Horch besucht die **Holsten-Brauerei.**
- 11:00** Geschäftsstelle Altonaer Spar- und Bauverein, Max-Brauer-Allee 69
Staatsrat Michael Sachs spricht anlässlich des **Neujahrsempfang des Altonaer Spar- und Bauverein** ein Grußwort.
- 11:00** Bad Bramstedt, Raaberg 6
Senator Michael Neumann nimmt am **Jahresempfang der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt** teil.
- 13:30** Mozartsäle, Moorweidenstraße
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht ein Grußwort bei der **Forschungskonferenz Glücksspiel.**
- 17:00** Kinder- und Kulturhaus, Lohbrügger Markt 5
Senatorin Jutta Blankau spricht ein Grußwort bei der **Eröffnungsfeier des Kinder- und Jugendkulturhauses Lohbrügge.**
- 18:00** Hotel Atlantic, Goldener Saal, An der Alster 72
Senator Ties Rabe spricht ein Grußwort anlässlich der **Auszeichnung des Programms WoW zur Förderung besonderer Begabung junger Menschen im Rahmen des Wettbewerbs "Ideen für die Bildungsrepublik".**
- 19:00** Hotel Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Preisverleihung der Financial Times Deutschland - Gründerinitiative „enable2start“** ein Grußwort.
- 20:00** Kulturwerk West, Kleine Freiheit 41
Staatsrat Michael Sachs nimmt an einem **Gedankenaustausches des Kulturwerk West** teil.

Freitag, den 03.02.2012

- 08:45** Handwerkskammer, Adolphplatz 1
Staatsrat Holger Lange spricht ein Grußwort und hält anschließend einen Vortrag beim **Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau.**
- 10:00** Kieler Yacht Club, Hindenburgufer 70, 24105 KIEL
Senator Detlef Scheele spricht bei der **Verabschiedung von Jürgen Goecke und der Amtseinführung von Margit Haupt-Koopmann als Vorsitzende der Regio-**

naldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit ein Grußwort.

10:00 Axel-Springer-Haus, Hamburg
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks ist Gast beim **Gesundheitsgipfel des Hamburger-Abendblattes**.

18:00 Hotel Baseler Hof
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht beim **Empfang anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Psychotherapeutenkammer**.

Staatsrätin Elke Badde nimmt teil.

Samstag, den 04.02.2012

10:00 Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Aula, Felix-Dahn-Straße 3
Senator Ties Rabe spricht ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung der „Berufseingangsphase“ für neue Hamburger Lehrkräfte**.